

**Professor Dr. h.c. Christa Randzio-Plath, Vorsitzende Landesfrauenrat Hamburg e.V.**

## **Internationaler Frauentag 2013:**

### **Nein zu Gewalt gegen Frauen, ja zu guter Arbeit, gutem Leben**

Am 8. März 2013 feiert Hamburg wie alle Städte dieser Welt den Internationalen Frauentag. Ein Frauenbündnis hat sich aus Frauenverbänden, Frauengruppen und Frauenprojekten gebildet. 2013 steht die alltägliche Gewalt gegen Frauen im Mittelpunkt aller Aktionen. Die dramatische Vergewaltigung und der anschließende Mord an einer indischen Studentin, die Bedrohung von Malala mit dem Tod, nur weil sie sich für Mädchenbildung in Pakistan einsetzt, die Massenvergewaltigungen von Frauen in Katastrophen und Kriegen, aber auch die alltägliche Beziehungsgewalt machen es erforderlich, dass es eine neue UN-Initiative zu besserer Prävention und besserem Opferschutz weltweit gibt. Das Hamburger Frauenbündnis ist solidarisch mit der 1 Mrd. Frauen weltweit, die Opfer von Gewalt geworden sind.

Das Hamburger Frauenbündnis mit dem Landesfrauenrat Hamburg lädt ein am 8. März 2013, 17.00 Uhr, zu einer politischen Diskussion am **Internationalen Frauentag 2013 Gute Arbeit - Gutes Leben** Claudia Menne, Europäischer Gewerkschaftsbund, Statements Prof. Dr. Frauke Schwarding, HAW, Prof. Dr. Margarete Schuler-Harms, Helmut-Schmidt-Universität; **Anschließend Gespräche, Musik, Information und Brezeln. Veranstaltungsort:** Universität Hamburg DWP (ehem. HWP) Hörsaal, Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg.

**Der 8. März ist ein Tag der Erinnerung** an den Kampf um das Frauenwahlrecht und das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Er ist auch ein Tag der Dankbarkeit gegenüber den vielen Frauen, die den Weg zur politischen Mündigkeit der Frau und zur Gleichberechtigung gegangen sind und die Rechte der Frauen durchgesetzt haben. Der 8. März ist aber auch eine Herausforderung für die Zukunft von Frauen und Männern in Hamburg. Deswegen werden wir diskutieren über Gleichstellung im Arbeitsleben und in der Wirtschaft, in der Politik und in der Gesellschaft.

### **Gute Arbeit, gutes Leben**

**Ob ILO-Kernarbeitsnormen oder das Decent-Work-Konzept – sie haben einen blinden Fleck: Die spezifischen Belange und Probleme von Frauen in der Arbeitswelt sind darin nicht berücksichtigt. Deshalb bedarf es einer Neuorientierung der Arbeitsstandards hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit.** Sonst macht Arbeit arm - im Leben und im Alter.

Damit Arbeitsrechte auch für Frauen etwas bewirken, müssen sie um Maßnahmen ergänzt werden, die zur Überwindung der Geschlechterungleichheit beitragen. Dazu gehört der Zugang zu erschwinglicher Kinderbetreuung, Einrichtungen zur Pflege von Kranken und Alten sowie Programme, die darauf abzielen, die ungleiche Verteilung von Hausarbeit zwischen Frauen und Männern zu verändern. Wichtig ist auch, dass in den Kernarbeitsnormen viele Punkte fehlen, die für weibliche Arbeitskräfte von zentraler Bedeutung sind: etwa

Mindestlohn oder existenzsichernde Löhne, Regelungen zur maximal zulässigen Arbeitszeit, Kranken- und Rentenversicherungsansprüche sowie Mutterschutz. Es gab bereits mehrere Initiativen, die ILO-Konventionen und die Kernarbeitsnormen zu verändern und stärker an den Interessen von Arbeiterinnen zu orientieren – bisher erfolglos.

Gute Arbeitsbedingungen für Frauen müssen daher dringend vorgebracht werden. Dabei muss jedoch ihre spezifische Situation in der Arbeitswelt berücksichtigt und die allgemeine gesellschaftliche Ungleichheit zwischen Männern und Frauen überwunden werden. Längst gehört daher der Begriff „working poor“ zum allgemeinen Vokabular Und die fehlende finanzielle Sicherheit ist nicht das einzige Problem: Fast 21 Millionen Menschen werden bei der Arbeit unter sklavenähnlichen Bedingungen ausgebeutet. In der Mehrheit handelt es sich um Mädchen und Frauen. Aber nicht nur in den Entwicklungsländern leiden Menschen unter Arbeitsarmut. Auch in Deutschland können viele von ihren Jobs nicht menschenwürdig leben.

Zwar hatten seit der Wiedervereinigung in Deutschland noch nie so viele Menschen – nämlich 41,6 Millionen – eine bezahlte Arbeit wie im Jahresschnitt 2012. Tatsächlich ist nicht nur die Zahl der Erwerbstätigen gewachsen, sondern auch die der prekär Beschäftigten sowie der Niedriglöhnerinnen und Niedriglöhner. **Minijobs:** Auch die Minijobs wurden 2003 als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt eingeführt. Für viele gelten Minijobs als Niedriglohnfalle. So mancher würde gerne mehr arbeiten, bekommt aber keinen anderen Job. **Niedriglöhne:** Ohnehin sind viele Jobs derzeit schlecht bezahlt: So arbeitet mittlerweile fast jede und jeder Vierte für einen Verdienst unter der statistischen Niedriglohnschwelle von 9,15 Euro brutto in der Stunde. Gut 4,1 Millionen verdienen weniger als 7 Euro.

Die weltweite Zunahme der informellen Ökonomie und damit auch jener Formen von Beschäftigung, die sich außerhalb von Registrierung und damit verbundenen Schutzaspekten bewegen, gehört zu den einschneidenden Folgen der globalen Deregulierung in den vergangenen Jahrzehnten. Der Anteil rechtlich geschützter Beschäftigungsverhältnisse sank zugunsten von Kontraktarbeit und Alleinselbständigenarbeit sowie von befristeter Beschäftigung, Teilzeitarbeit und einem starken Anstieg verschiedener Arbeitsformen in der informellen Ökonomie. Die Lohnquote, also der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt, ist in den letzten Jahren in drei Vierteln aller Länder geschrumpft. Für jedes Prozent Wachstum des Bruttoinlandsprodukts waren die Löhne durchschnittlich nur um 0,75 Prozent gestiegen. Und in Phasen des Wirtschaftsabschwungs fielen die Löhne für jedes Prozent Rückgang um 1,55 Prozent. Das Arbeitsleben in der EU hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert. Die Erwerbstätigkeit von Frauen, unterbezahlte Dienstleistungen und Teilzeitarbeit haben zugelegt. Dabei berührt jede Behandlung menschlicher Arbeitskraft die Würde des Menschen, die Würde der Frau.

**Gute Arbeit, gutes Leben:** Frauen wissen um die Bedeutung einer Erwerbsarbeit, können sie nicht gleichberechtigt ausüben - als Alleinerziehende, als Mütter, als Migrantin, als Behinderte. Sie sind doppelt von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen: als Beschäftigte in der Pflege- oder Kinderbetreuungsarbeit, als Erwerbstätige, die auf günstige und angemessene soziale Infrastruktur und Dienstleistungen angewiesen ist. Gebraucht wird kein Notprogramm für die Gleichstellung von Frauen, sondern eine solidarische Politik, die einen gleichstellungspolitischen Rahmen festlegt, der Frauen wie Männern gute Arbeit und gutes Leben möglich macht.